

Uni Berlin wehrt sich gegen Flüchtlingsunterkunft

Proteste gegen Flüchtlingscontainer: Widerstand an Berliner Uni. Werden Woke-Ideale auf die Probe gestellt? Erfahren Sie mehr. #Flüchtlinge #Berlin #UniKonflikt

Das Unigelände an der Thielallee 63 in Berlin-Dahlem steht derzeit im Mittelpunkt von Kontroversen, da der Senat plant, auf diesem Grundstück ein Containerdorf zur Unterbringung von 260 Flüchtlingen zu errichten. Dies stößt jedoch auf Widerstand, insbesondere an der Freien Universität, da die Universität dort eigentlich ein Gebäude für Lehre und Forschung bauen möchte. Die Uni-Führung fühlt sich übergangen, da sie erst aus den Medien von den Senatsplänen erfahren haben. Zudem betonte die Universität, dass das Gelände nach 2023 für eigene Bauprojekte benötigt wird und es derzeit keine alternativen Flächen zur Verfügung stehen.

Die Freie Universität Berlin hat in der Vergangenheit bereits unbürokratisch gehandelt und kurzfristig Geflüchtete unterstützt. Darüber hinaus wies die Universität darauf hin, dass in unmittelbarer Nähe des aktuellen Standorts leerstehende Gebäude der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben vorhanden sind, die früher bereits für die Unterbringung von Flüchtlingen genutzt wurden. Trotz des Drucks seitens des Senats betont die Universität ihre begrenzten Möglichkeiten aufgrund des Sanierungsbedarfs und ihrer eigenen Baupläne.

Der Sonderbeauftragte für Flüchtlingsfragen beim Senat, Albrecht Broemme, argumentiert, dass die Unterbringung von Flüchtlingen auf dem brachliegenden Unigelände vertretbar ist,

solange keine anderen Bauprojekte in naher Zukunft geplant sind. Die Entscheidung der Uni-Kanzlerin, wann das neue Gebäude entstehen soll, steht noch aus. Dabei müssen auch mögliche Bedenken im Bereich des Naturschutzes berücksichtigt werden.

Zusätzlich zu diesen Spannungen auf dem Unigelände wurden Ende März 16 weitere Containerdörfer in Berlin beschlossen. Der Regierende Bürgermeister räumte ein, dass der Bau dieser Unterkünfte kein einfaches Unterfangen war, aber notwendig ist, da es einen akuten Mangel an Wohnraum für Flüchtlinge gibt. Die geplanten Standorte konzentrieren sich größtenteils auf den Ostteil der Stadt, was zu einer weiteren Verschärfung des Ungleichgewichts in der Verteilung von Geflüchteten führt.

Der Widerstand gegen die Flüchtlingsunterkunft auf dem Unigelände in Berlin-Dahlem spiegelt eine breitere Debatte über die Unterbringung von Geflüchteten in der Stadt wider. Kritiker kritisieren dabei insbesondere die Freie Universität Berlin für ihren vermeintlichen Mangel an Solidarität mit Geflüchteten. Dies führt zu Diskussionen und Spott in den sozialen Medien über die vermeintliche Inkonsistenz bestimmter Institutionen in Bezug auf ihre gesellschaftlichen Werte und Verpflichtungen.

Details

Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)